

SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

(Antrag Nr. 2621/2013)

Eingereicht am 11.12.2013 um 00:00 Uhr.

**Schulausschuss, Ausschuss für Haushalt, Finanzen und Rechnungsprüfung,
Organisations- und Personalausschuss, Verwaltungsausschuss, Ratsversammlung**

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Drucks. Nr. 2616/2013 (Antrag der Elternvertreter Claudia Jentsch und Ralf Kühnbaum-Grashorn im Schulausschuss zum Hannoverschen Mittagessenkonzept für Ganztagschulen - Drucks. Nr. 2119/2013)

Änderungsantrag zu beschließen:

Die Schulen, die sich am Hannoverschen Mittagessenkonzept beteiligen möchten (Willensbekundung) und die ihre Verträge mit ihrem Caterer nicht fristgerecht kündigen_ können, erhalten für ein Jahr weiterhin den Zuschuss, der in der Übergangsregelung festgelegt wurde.

Begründung:

Den Schulen soll die Möglichkeit gegeben werden, alle Beteiligten und alle schulinternen Gremien rechtzeitig vor der möglichen Kündigung einbeziehen zu können. Das ist für die genannten Schulen möglicherweise aufgrund der kurzen Kündigungsfrist nicht gegeben. Für diese Schulen soll daher eine Ausnahmeregelung für ein Jahr stattfinden.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Lothar Schlieckau
Fraktionsvorsitzender

Hannover / 11.12.2013